Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 119. **Mittwoch** den 7. März 1894. 88. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 27. Februar 1894, den am 18. Juni 1841 in Massenhausen geborenen Agenten **Georg Peter Petzel** betreffend.

Leipzig, den 3. März 1894.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armenamt. Abth. IVa.

A. R. IVa. 321c/94. Hentschel. Hr.

Die Inhaber der abhanden gekommenen **Sparbücher** Ser. II Nr. 132546, 153152 und die von unseren Annahmestellen gleichfalls als verloren angezeigten **Quittungsscheine** über die Sparbücher Ser. II Nr. 55948, 82019, 229664, 296702 werden hierdurch aufgefordert, sich damit binnen drei Monaten und längstens am 8. Juni 1894 zur Nachweisung ihrer Rechte bez. zum Zwecke der Rückgabe gegen Belohnung bei unterzeichneter Anstalt zu melden, widrigenfalls, der Sparcassen-Ordnung gemäß, den angemeldeten Verlustträgern, nach erfolgter Beibringung ihrer Anzeige, an Stelle der abhanden gekommenen Bücher, welche alsdann für ungültig zu erklären sind, neue Bücher ausgestellt, bez. die eingelieferten Bücher auch ohne Rückgabe der ebenfalls für ungültig zu erklärenden Quittungsscheine ausgehändigt werden.

Leipzig, am 5. März 1894.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Wegen Reinigung der Räume des Leihhauses und der Sparcasse werden diese

am Mittwoch, den 7. März 1894

für den Geschäftsverkehr geschlossen sein.

Leipzig, den 27. Februar 1894.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Freiwillige Versteigerung.

Erbtheilungshalber soll das zum Nachlasse der Nicke'schen Eheleute gehörige, in Leipzig-Lindenau an der Wettinerstraße Nr. 74 gelegene Hausgrundstück Nr. 29 Arch. C des Brandcataisters, Nr. 681i des Flurbuchs und Fol. 1105 des Grundbuchs für Leipzig-Lindenau, geschätzt auf 42 800 ℳ, durch das unterzeichnete Amtsgericht unter sehr günstigen Bedingungen öffentlich an den Meistbietenden versteigert werden und es ist

Mittwoch, der 14. März 1894,
Vormittags 10 Uhr

als Versteigerungstermin anberaumt worden.

Die Versteigerung findet im Grundstücke statt.

Die Versteigerungsbedingungen können an Gerichtsstelle, Zimmer 80a, sowie im Gasthause „Zu den drei Linden" in Leipzig-Lindenau eingesehen werden.

Leipzig, am 30. Januar 1894.

Königliches Amtsgericht.
Dr. Lessing. Schrödel.

Teich-Verpachtung.

Die 15 Minuten von der Bahnstation **Mittitz** entfernt liegenden **2 Fischteiche** hiesiger Gemeinde sollen verpachtet werden.

Pachtlustige wollen sich wegen des Näheren an Unterzeichneten wenden.

Frankenheim, den 5. März 1894.

Der Gemeinderath.
F. Schuster.

Der neue englische Premierminister.

Abgesehen von einigen Nebenämtern ist die Reconstruirung des englischen Cabinets, welche durch den Rücktritt Gladstone's nöthig geworden war, abgeschlossen, und an die Spitze ist der bisherige Minister des Auswärtigen, **Lord Rosebery**, getreten.

Archibald Philip Primrose, Viscount Inverkeithing, Lord Primrose and Dalmeny, Baron Rosebery, Sohn des Lords Dalmeny, ward 1847 in London geboren, studirte in Eton und Oxford und gelangte, 19 Jahre alt, als Erbe seines Großvaters in den Besitz der Familientitel, 1868 nahm er dann, ohne wie andere Edelleute zuerst im Unterhause einen Sitz eingenommen zu haben, seinen Sessel im Oberhause ein. Als öffentlicher Redner trat er zuerst 1871 auf, als ihn Gladstone ersuchte, die Adresse zur Thronrede zu unterstützen; und seine erste größere Leistung bestand in der Leitung des Untersuchungsausschusses über die hochwichtige Frage der britischen Pferdezufuhr. Noch heute erkennt England dankbar dessen Verdienste an: die Abschaffung des Pferde-Einfuhrzolles war die Folge. Der erste Regierungsposten ward ihm 1882, das Unterstaatssecretariat des Innern; er vertauschte es 1884 mit dem Banteaministerium und schon zwei Jahre später, im Jahre des ersten Home-Rule-Entwurfs, erreichte er das Ziel seiner Wünsche, das Portefeuille des Aeußern.

Märchenhaft berauschend erschien zur Zeit diese blitzartige Laufbahn: ein junger Lord von 39 Jahren, ohne diplomatische Erfahrung, verdrängt Lord Granville, das gewesene Muster aller auswärtigen Minister und die fast unentbehrliche Ergänzung des Premiers Gladstone! Die Glücksgöttin hatte ihre Hand im Spiele und — die beiden Bismarck. Letztere standen bei dieser Ministertaufe Pathen. Der Fürst befand sich damals auf dem Zenith seiner Machtstellung, handhabte das europäische Schachbrett mit vollendeter Meisterschaft und bemühte sich eben, das Zwillingspaar Gladstone-Granville, das den Umsturz der Berliner Congreßpolitik auf seine Fahne geschrieben und Europa nicht zur Ruhe kommen ließ, matt zu setzen. Wie gründlich ihm dies gelang, ist bekannt; Großbritanniens Prestige sank zu einem bloßen Scheinbilde, zu einer Erinnerung herab. Die Noth war groß, die Reichsehre gefährdet; etwas mußte geschehen, um den donnernden Jupiter zu Berlin zu versöhnen; da entschloß sich Gladstone, ihm seinen Minister des Aeußern zu opfern; und eines Tages erschien auf dem Auswärtigen Amt statt des gichtischen Greises Granville der lachende Cherub Rosebery!

„Das Wickelkind des Reichskanzlers" hieß es damals von Rosebery; und die Bezeichnung war nicht ganz unberechtigt. Nur machte der Säugling seinem Pathen schnell Ehre, entschlüpfte flugs der Wickelschnur und war gegen Ende seiner ersten Amtszeit (Juli 1886) schon eine Persönlichkeit geworden, die in den sechs Monaten mehr Erfolge verzeichnete als Granville früher Schlappen. Er unterdrückte zunächst den weichlichen Philhellenismus Gladstone's, der den Neugriechen im Namen Homer's alles gestattete, und zwang sie zur Ruhe; er schloß mit Nordamerika einen Auslieferungsvertrag ab, und gestattete sich vor Allem, betreffs des Vertragsbruches mit dem Freihafen von Batum Rußland eine Zurechtweisung zu ertheilen, wie sie dem Zaren aller Reußen lange nicht zu theil geworden. Mit großem Bedauern sahen ihn alle Parteien scheiden; unter seiner Amtsführung hatte England einen Theil seines verlorenen europäischen Einflusses wieder gewonnen; daher denn stillschweigend zwei politische Glaubenssätze allgemeine Zustimmung erhielten: erstens, daß unter allen Regierungen die Folgerichtigkeit der äußeren Politik aufrecht erhalten werden müsse; und zweitens, daß in jedem zukünftigen liberalen oder radicalen Cabinet Rosebery mit dem Portefeuille des Aeußern zu betrauen sei. Trotz seiner Jugend war er fast zu einer „Einrichtung" geworden.

Sechs amtlose Jahre folgten, während welcher Rosebery's Stimme in der auswärtigen Politik nur selten gehört wurde. Die eben erwähnte Folgerichtigkeit legte ihm dieses Schweigen auf, und außerdem: noblesse oblige; er gedachte der Zukunft, da Lord Salisbury ihm gegenüber dieselbe Zurückhaltung beobachten werde. Ueberhaupt möchte er die auswärtige Politik der Erörterung möglichst entziehen. „Der beste auswärtige Minister ist ein stummer Minister", sagte er einmal, und verglich ihn dabei mit der Fee, aus deren Munde zwar Perlen, aber auch giftige Kröten fallen könnten. Und seitdem er selbst wieder Minister war, hat er diesen Grundsatz mit einer fast übertriebenen Festigkeit befolgt. Um so breiter nahm er sich der demokratischen Errichtung des Londoner Grafschaftsrathes an, dessen Vorsitz ihm übertragen wurde; und außerdem warf er sich mit ganzer Seele auf den Reichsverbündungsplan, dessen begeisterter Vorkämpfer er wurde. Es ist erstaunlich, bis zu welchen Schlußfolgerungen sich Rosebery bei dessen Befürwortung hinreißen ließ. Sollte die Welt sich wirklich so gestalten, wie Rosebery es wünscht und voraussieht, so dürfte selbst für unser Deutschthum wenig Platz mehr inmitten der angelsächsischen Hochfluth bleiben.

Von seiner Rasse spricht Rosebery mit dem Eifer eines Erleuchteten; keine Nation der alten Zeit, ob Griechen, Römer oder Juden, habe eine solche Vergangenheit aufzuweisen und keine besitze so üppige Zukunftsaussichten; so viel an ihm und den Reichsverbündlern liege, würden sie schon Sorge tragen, daß die Welt ein ausgesprochen angelsächsisches Gepräge trage, so daß ohne Einwilligung dieser Rasse kein Kanonenschuß mehr fallen dürfe. Mittlerweile freilich scheint dieses angelsächsische Millenium seiner Verwirklichung noch ziemlich entfernt zu bleiben. Neben dieser realistischen Großmannssucht verräth er zuweilen Anwandlungen einer vollständig idealen Anschauung; so wenn er hervorhebt, daß Großbritannien endgiltig nicht nach seinem Heere, seiner Flotte und seinem Umfange beurtheilt werden dürfe, sondern nach der Selbstlosigkeit, mit der es sich in Afrika der Abschaffung der Sclaverei aufgeopfert habe. Ganz Centralasien sei mit dem Blute britischer Heiligen und Märtyrer gesättigt, und das bilde Englands größte Zier.

Als Vorsitzender des Londoner Grafschaftsraths bezauberte er alle durch den demokratischen Anstrich seiner Leitung — er verbat sich die Anrede mit Lord; Sir oder Mr. Chairman sei hinreichend — und die Leichtigkeit, mit der er die verwickeltsten Angelegenheiten und die unlenksamsten Köpfe zu behandeln wußte. Ein Rathsherr erkannte ihm daraufhin den Namen des „Bürgers Rosebery" (Citizen Rosebery) zu. Wenn überhaupt jetzt an seinem Radicalismus gezweifelt wird, so rührt das wohl hauptsächlich von dem Umstande her, daß er sich in den letzten Jahren ausschließlich den Arbeiten seines auswärtigen Portefeuilles widmete, einerseits, weil die Aufgaben angesichts der weltumspinnenden Interessen Großbritanniens thatsächlich die gesammte Kraft eines einzelnen Mannes beanspruchen und anderseits — was kein Geheimniß mehr ist —, weil er sich nicht als Candidaten für die radicale Premierschaft in den Vordergrund drängen wollte. An sich hat er aus seinen Ansichten über die irische Frage und über das Oberhaus nie ein Hehl gemacht. „Wäre die schottische Nationalität", so sagte er gelegentlich, „so unterdrückt worden, wie die irische, so würde deren Entwickelung eine viel bitterere und aufrührerischere Form angenommen haben, als es die der irischen gethan".

Das Oberhaus verglich er längst mit dem Greenwicher Krankenhause und trat vor Jahren mit einem Reformplane hervor, der allerdings jetzt dem neuen Radicalismus allzu schal vorkommen würde. Und zur Zeit, da er als „Herr Präsident" den „Bürger Rosebery" spielte und einen Municipalsocialismus vertheidigte, war überall zu lesen, daß er gleich andern Mitgliedern der radicalen Gefolgschaft Gladstone's den „Sprung in den dunklen Socialismus" gethan. Auch hat die Bereitwilligkeit, mit der er die Schlichtung des großen vorjährigen Kohlenarbeiterausstandes übernahm, den Arbeitern wenigstens die Ueberzeugung beigebracht, daß er ihr Freund sei, auch wenn seine Ansichten in einzelnen Puncten von den Theorien ihrer Berufsvertreter abweichen sollten. Im Uebrigen wird es sich bald zeigen müssen, ob er die Absicht hat, sich an die Spitze der radicalen Bewegung zu stellen oder sie durch geschickte Benutzung der Umstände in ruhigere Gewässer zu leiten. Letzteres ist wohl die Hoffnung der Königin.

Was das Verhältniß des neuen Premierministers zu Deutschland betrifft, so haben wir schon wiederholt daran erinnert, daß der Freund des Grafen Herbert Bismarck und des ehemaligen deutschen Reichskanzlers zweifellos fortfahren wird, die besten Beziehungen zwischen den beiden germanischen Nationen zu pflegen, wenn er auch das Portefeuille des Auswärtigen an Kimberley abgetreten hat.

Deutsches Reich.

ss. **Berlin**, 6. März. Die „Wirthschaftliche Vereinigung" des Reichstags hat sich kürzlich mit der Frage der Butterfälschung, insoweit sie durch Zusatz von Margarine oder durch den Verkauf von Margarine als Naturbutter erfolgt, befaßt. Die außerordentliche Schwierigkeit, diese Angelegenheit auf eine den verschiedenen berechtigten Interessen einigermaßen Rechnung tragende Weise zu regeln, ist auch in jener fast ausschließlich von Naturbutterproducenten gebildeten Versammlung hervorgetreten. Es war beantragt, die Margarine zu besteuern und zwar sehr hoch, mit 60 ℳ für den Doppelcentner. Dieser Vorschlag stieß auf den starken Widerspruch entschiedener „Agrarier", wie Graf Arnim, und antisemitischer Vertreter ländlicher Wahlkreise. Es wurde geltend gemacht, daß man die Besteuerung dieses wichtigen Lebensmittels schon aus tactischen Gründen nicht anstreben dürfe, weil man sich die Consumenten zu Gegnern in dem Kampf gegen den betrügerischen Absatz der Margarine machen würde. Die weit überwiegende Ansicht ging auf die Nothwendigkeit wirksamer Polizeimaßregeln, und der Antragsteller Graf Kanitz erklärte schließlich, daß er mit der Besteuerung vorzugsweise denselben Zweck verfolge. Er hat kein Vertrauen zu der rein polizeilichen Controle und will deshalb den Fiscus ins Interesse ziehen. Das ist so übel nicht gedacht, rechtfertigt aber höchstens eine gelinde Besteuerung, wie sie der Abg. Schulze-Henne wünschte. Daß die jetzigen Ueberwachungsmaßregeln unzureichend seien, wird sogar von Manchem zugegeben, dem ihre gesetzliche Anordnung im Jahre 1887 noch zu weit ging. Der Betrug im Butterverkehr hat erwiesenermaßen eine enorme Ausdehnung genommen und die Verwendung von Margarine hat den Löwenantheil an ihm. Der Uebervortheilung der Consumenten, die minderwerthige Waare erhalten, steht eine schwere Benachtheiligung der Butterproducenten zur Seite, deren Erzeugniß durch das fälschlich als Butter ausgegebene Product im Absatz behindert und im Preise gedrückt wird. Steht hier ein landwirthschaftliches Interesse auf dem Spiele, so ist dies aber bei der Kunstbutterfabrikation auch der Fall. Die Möglichkeit der Verwerthung des Rindertalgs für die Herstellung von Margarine wirkt belebend auf die Viehpreise ein, ein Umstand, der umsomehr Beachtung erfordert, als das Petroleum dem Talglicht den größten Theil des früheren Terrains abgewonnen hat. Einer Schädigung der reellen Kunstbutterfabrikation muß mithin die Landwirthschaft ebenso widerstreben wie die große Masse der Verbraucher. Es kann sich nur um die Beseitigung oder Einschränkung des betrügerischen Verkaufs von Margarine oder gemischter Waare als Naturbutter handeln. Das Gesetz von 1887 reicht hierzu nicht aus. Es bestimmt, daß jede nicht völlig reine Butter nur unter der Bezeichnung „Margarine" in den Handel gebracht werden darf und verbietet die Mischung von Butter und Margarine oder anderen Speisefetten; gestattet ist nur der Zusatz eines kleinen Gewichtstheiles Milch oder Rahm. Dieses letztere Verbot, lediglich im landwirthschaftlichen Interesse getroffen, verträgt kaum eine weitere Ausdehnung. Eine Aenderung kann sich nur auf die Maßnahmen beziehen, welche eine strengere Durchführung der beiden Bestimmungen ermöglichen. Leider versagt das wichtigste Controlmittel, die chemische Untersuchung. Die Wissenschaft kann einen Margarinezusatz von weniger als 20 Procent nicht nachweisen. Unter dieser Grenze vermag aber die Fälschung die Naturproduction schon schwer zu schädigen, und die Verkehrsverhältnisse erschweren es in hohem Maße, Butter mit viel stärkerem Margarinezusatz der Untersuchung zuzuführen. Im letzten Sommer lasen wir, der französische Chemiker Brullé habe ein Verfahren ermittelt, jede Mischung zu entdecken. Seitdem ist es still davon geworden. Abhilfe wird man zunächst also nur schaffen können, indem man die Margarinefabriken einer entsprechenden Aufsicht unterwirft. Auf eine solche Gesetzesbestimmung arbeitet man zur Zeit auch in Frankreich hin, wo die Butterfälschung von der Landwirthschaft ebenso drückend empfunden wird, wie in Deutschland.

△ **Berlin**, 5. März. Der diesmalige Verlauf der Berathung des Cultusetats im Abgeordnetenhause beweist, wie wenig kirchliche Beschwerden von irgend welcher Berechtigung das Centrum noch zu erheben hat. Nur um im katholischen Volk das Gefühl nicht aufkommen zu lassen, daß der „Culturkampf" vorüber sei — denn das wäre auch das Ende der Centrumspartei —, wird noch Einiges zusammengetragen, was als Agitationsstoff dienen soll. Aber es hat keine Wirkung mehr, weder in der Volksvertretung, noch draußen im Lande. Die hauptsächlichste Beschwerde, die diesmal vorgebracht wurde, die einer ungenügenden Parität der Confessionen bei der Besetzung von staatlichen Aemtern, ist platt zu Boden gefallen. Nirgends, außer beim Centrum selbst, fand sie irgend welchen Widerhall. Die unbestreitbare Thatsache ist eben nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Katholiken verhältnißmäßig wenig brauchbare Kräfte für den Staatsdienst liefern, weil friedliebende und die Pflichten gegen den Staat gewissenhaft befolgende Mitglieder dieser Kirche sofort von ihren eigenen Glaubensgenossen nicht mehr als voll angesehen, sondern verketzert und angefeindet werden. Männer, die mit der ganzen fanatischen Geistesrichtung und der engherzigen Lebensanschauung des Ultramontanismus durch ihre ganze Erziehung erfüllt sind, kann man aber nicht in die leitenden Stellen eines zu drei Vierteln protestantischen Staates setzen. Verständige und brauchbare Katholiken, die dabei Niemand hindert, gläubige Anhänger ihrer Kirche zu sein, finden überall auch im Staatsdienst bereitwilligste Aufnahme, aber sie verzichten häufig auf solche Stellungen, um nicht von heißspornigen Glaubensgenossen angefeindet und verketzert zu werden.

‡‡ **Berlin**, 6. März. Unter den Befürchtungen, welche in landwirthschaftlichen Kreisen gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag gehegt werden, spielt eine hervorragende Rolle die Besorgniß vor einer Vermehrung der Viehseuchengefahr durch Oeffnung der russischen Grenze für die Bieheinfuhr. Diese Wirkung, welche die Schädigung der Landwirthe durch Viehseuchen besonders bedenklich erscheinen ließe, wäre aber nicht von einem Handels- und Zollvertrage zu erwarten, denn die Hindernisse, welche der Einfuhr russischen Viehs zur Zeit entgegenstehen, liegen auf veterinärpolizeilichem Gebiete und könnten nur durch Abmachungen beseitigt werden, welche neben dem Zoll- und Handelsvertrage hergehen. Solche Abmachungen aber sind, wie der Staatssecretair des Auswärtigen Amts in der letzten Sitzung der Commission des Reichstages zur Vorberathung des Handelsvertrages mitzutheilen in der Lage war, nicht getroffen. Vielmehr ist im Interesse der Möglichkeit energischen Schutzes des deutschen Viehbestandes gegen Seuchengefahr die von Rußland ausgegangene Anregung des Abschlusses einer Viehseuchenconvention abgelehnt und somit der jetzige Rechtszustand unverändert aufrecht erhalten worden. Damit schwindet, wie ein sachkundiges Mitglied jener Commission ausdrücklich hervorhob, gerade der schwerste der Einwände, welche gegen den Abschluß des Handelsvertrages erhoben werden.

∽ **Berlin**, 6. März. (Privat-Telegramm.) Der **deutsch-russische Handelsvertrag** wird, wie man in wohlunterrichteten parlamentarischen Kreisen annimmt, mit einer erheblichen Mehrheit — man rechnet auf etwa 50 Stimmen — angenommen werden. Von der nationalliberalen Fraction dürften nur etwa 5 Stimmen, die von ihrer vorwiegend ländlichen Wählerschaft beeinflußt sind, sich gegen den Vertrag aussprechen.

Y. **Berlin**, 6. März. (Telegramm.) Die „Post" schreibt: In der auswärtigen Presse finden sich Berliner Mittheilungen, nach denen das **Befinden des Kaisers** zu wünschen übrig lassen soll. Die geplante Reise der kaiserlichen Familie nach Abbazia wird daraus zurückgeführt, daß der Kaiser sich leidend fühle. Das ist das Gegentheil der Wahrheit. Der Gesundheitszustand des Kaisers ist, wie ganz Berlin weiß, und wie wir aus competentester Quelle bestätigen können, der allerbeste, und wenn sich der Kaiser demnächst auch nach Abbazia begiebt, so erklärt sich das lediglich daraus, daß Se. Majestät von seiner Familie nicht zu lange getrennt sein und seiner Gemahlin Gesellschaft leisten möchte. Die Kaiserin bedarf allerdings der Erholung ihrer Nerven.

Y. **Berlin**, 6. März. (Telegramm.) Gegenüber der wiederholt aufgetauchten Meldung aus Fiume über eine angeblich beabsichtigte Entsendung von fremden und österreichisch-ungarischen **Kriegsschiffen** in die Gewässer von Fiume und Abbazia aus Anlaß des Aufenthaltes des deutschen Kaiserpaares wird aus Wien gemeldet, daß von derartigen Absichten in maßgebenden Kreisen nichts bekannt sei.

= **Berlin**, 6. März. (Telegramm.) Die „Voss. Ztg." bringt folgende überraschende Nachricht: Der Geheime Legationsrath **von Kiderlen-Wächter**, der augenblicklich mit Urlaub in Stuttgart weilt, dürfte, wie wir erfahren, von dort so rechtzeitig hierher zurückkehren, daß er den **Kaiser** auf seiner Reise nach Abbazia begleiten kann. Herr von Kiderlen-Wächter war in den letzten Jahren regelmäßig als Vertreter des Auswärtigen Amtes der Begleiter des Kaisers auf dessen Reisen und hatte aus diesem Grunde den ihm zustehenden Urlaub während den Sommermonaten nicht antreten können, sondern mußte die Winterszeit hierzu in Anspruch nehmen. In diesem Winter hatte Herr von Kiderlen schon einmal um Weihnachten einen dreiwöchigen Urlaub in seiner Heimath Württemberg zugebracht. Den zweiten Theil seines Urlaubs verbringt er, wie bemerkt, ebendort.

⊙ **Berlin**, 6. März. (Telegramm.) Als festes Ergebniß der vorläufigen Untersuchung über die **Ursache der „Brandenburg"-Katastrophe** darf, wie uns aus Kiel geschrieben wird, die in Marinekreisen verbreitete Meldung betrachtet werden, daß die Abnahme- und Revisionscontrole verschärft und die Vorschriften über den technisch-maschinellen Marinedienst erweitert und genauer gefaßt werden sollen. Es hat vielfach Befremden hervorgerufen, daß in der Budget-Commission des Reichstags die Gerüchte über eine Beschädigung am Dampf-Absperrventil vor Eintritt des Unglücksfalls am 16. Februar und über das Eintreiben von Holzkeilen von maßgebender Seite nicht widerlegt worden sind. Es muß zugegeben werden, daß die Richtigkeit dieser Gerüchte in fachmännischen Kreisen starkem Zweifel begegnet. Allein es steht andererseits fest, daß man in Laienkreisen fast allgemein glaubt, es läge diesen Angaben etwas Thatsächliches zu Grunde. Eine amtliche Richtigstellung ist daher sehr am Platze.

∞ **Berlin**, 6. März. (Telegramm.) Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erfährt, wird der Abschnitt des **bürgerlichen Gesetzbuches** über das Obligationenrecht und das Sachenrecht, welcher in der Commission erledigt ist, demnächst in einer Form zur Veröffentlichung gelangen, welche thunlichst vielseitige Erörterungen ermöglichen wird.

+ **Berlin**, 6. März. (Telegramm.) Der **Landeseisenbahnrath** beschloß heute mit 20 gegen 14 Stimmen, in Rücksicht auf die in der Vorlage des Ministers hervorgehobenen Gesichtspuncte, insbesondere auf die in Aussicht genommene Aufhebung des Identitätsnachweises, die Aufhebung der Staffeltarife zu befürworten.

† **Berlin**, 6. März. (Telegramm.) **Ahlwardt** wurde heute um 11½ Uhr Mittags entlassen. Im Schützenhause zu Plötzensee hatten sich zahlreiche Parteigenossen versammelt, um ihn abzuholen.

— Zu den Angriffen des „streitbaren" Stöckerblattes, des „Volks", gegen die an „chronischem Unfall leidenden" Conservativen bemerkt die „Post":

„Das „Volk" und seine Hintermänner schlagen gegen die Partei jetzt genau denselben Ton an, mit welchem die gemäßigte Hellbortsche Richtung seiner Zeit von der extremen Richtung behandelt ist. Aus dem „Volke" weht nun derselbe demagogisch-sociale Geist, der sich unter der Aegide der Herren Stöcker und Kalling auch auf der Tivoliversammlung so breit machte, in voller Entfaltung. Die polnische Bewegung in Oberschlesien und das „Volk" und seine Hintermänner zeigen dem Centrum und den Conservativen ein sehr lehrreiches Spiegel-Bild der Ziele, zu denen die Wege demagogischer Verirrung nothwendig führen; möge die Lehre beherzigt werden, ehe es zu spät ist!"

* **Oldenburg**, 5. März. Der Vorstand des deutschfreisinnigen Wahlvereins hatte auf gestern Nachmittag eine Generalversammlung einberufen. Es war Stellung zu nehmen zu der von anderer Seite beabsichtigten Gründung eines Vereins der freisinnigen Volkspartei. Nach langer, lebhafter Debatte wurde einstimmig beschlossen, den deutschfreisinnigen Wahlverein zunächst weiter bestehen zu lassen und keiner der freisinnigen Parteien beizutreten.

* **Hannover**, 5. März. Der hier versammelt gewesene Vorstand des Vereins deutscher Papierfabrikanten hat